

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(59. - öffentliche - Sitzung am 30. Oktober 2020)

Beratungsthemen:

1. a) **Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller zügig voranbringen und endlich umsetzen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1632](#)
- b) **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1843](#)
- c) **Technologieoffenheit muss die Maxime der Politik bleiben!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3253](#)

Der Ausschuss schloss die Beratungen ab. In Ergänzung seines Beschlusses aus der 57. Sitzung am 25. September 2020 empfahl er dem Landtag, die Anträge in der Fassung des Änderungsvorschlages der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 2 zu [Drs. 18/1632](#) und 18/3253 sowie Vorlage 3 zu [Drs. 18/1843](#)) unter Berücksichtigung der vom mitberatenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz in dessen 67. Sitzung am 6. Oktober 2020 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Nicht anwesend: FDP

2. **Tarifautonomie und Mitbestimmung stärken - Gewerkschaften beim Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2032](#)

Der Ausschuss setzte die Beratungen fort. Hierzu lag ihm als Vorlage 1 ein Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 14. September 2020 vor.

Auf Wunsch der Koalitionsfraktionen vereinbarte der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, wobei jede Fraktion sowie das fraktionslose Ausschussmitglied jeweils eine Interessenvertretung bzw. sachverständige Person benennen dürfen sollen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6069](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 8 - ohne den in eckige Klammern gefassten Satzteil zu Artikel 1 Nr. 2 (§ 3 Abs. 3 neu) und mit der neuen Nr. 8 (§ 62 Abs. 3) und den damit verbundenen redaktionellen Folgeänderungen - sowie mit den aus dem Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen (vgl. Vorlage 9) ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

Die Berichterstattung im Plenum übernahm der Abg. Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE).

Es ist ein mündlicher und ein ergänzender schriftlicher Bericht gewünscht.

4. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7357](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Gesetzentwurfs durch. Hierzu lag ihm die Vorlage 4 vor.

Er verständigte sich darauf, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen als Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.